

A4 Mieter*innenschutz stärken statt abbauen, bezahlbaren und klimafreundlichen Wohnraum schaffen und erhalten

Antragsteller*innen: Kreisvorstand Martina Feldmayer (KV Frankfurt) Mirjam Glanz (KV Frankfurt) Miriam Dahlke (KV Frankfurt) Marcus (Bocklet)

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Antragstext

1 Bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage in Frankfurt. Wir haben mit dem
2 Baulandbeschluss dafür gesorgt, dass mehr sozial geförderter Wohnraum sowie
3 gemeinschaftliches Wohnen entstehen konnte. Frankfurt ist Passivhaushauptstadt
4 mit unserer Wohnungsbaugesellschaft der ABG. Wir fördern die energetische
5 Sanierung, denn auch der Wohnungsbestand muss klimaneutral werden. Wir haben in
6 der Bau- und Wohnungspolitik viele Erfolge vorzuweisen. Dennoch gibt es
7 weiterhin einen Mangel an bezahlbaren Wohnungen, zu wenig Sozialwohnungen und
8 politische Entwicklungen, die in eine völlig falsche Richtung gehen und denen
9 wir uns als GRÜNE Frankfurt entschieden entgegenstellen:

- 10 1. Die Landesregierung will wichtige Instrumente zum Mieter*innenschutz in
11 Frankfurt streichen. Das betrifft die Umwandlung von Miet- zu
12 Eigentumswohnungen in angespannten Wohnungsmärkten. Diese Umwandlungen
13 konnten nach einer Verordnung, die noch unter GRÜNER Regierungsbeteiligung
14 in Hessen auf den Weg gebracht wurde, von der Stadt Frankfurt bislang
15 untersagt werden. Dieses Instrument hatte sich als sehr effektiv erwiesen
16 und hatte zu einem Rückgang der Umwandlungen um 80% geführt. Zugleich
17 schränken Christ- und Sozialdemokraten den Schutz vor
18 Eigenbedarfskündigungen ein.
- 19 2. Unter der kleinen Koalition von CDU und SPD scheitert der Ausbau des
20 bezahlbaren Wohnbaus am Geld: Im sozialen Wohnungsbau fehlen im Jahr 2024
21 400 Millionen Euro. Das hatte für Frankfurt zur Konsequenz, dass 95
22 Wohneinheiten für den sozialen Wohnungsbau mit einem Volumen von fast 30
23 Mio. Euro, Wohnheimplätze für Azubis und Studierende im Umfang von 395
24 Wohneinheiten und einem Volumen von fast 19 Mio. sowie Modernisierungen
25 von 359 Wohneinheiten mit einem Volumen von ca. 28 Mio. Euro nicht
26 gefördert wurden. Früher – unter GRÜNER Regierungsbeteiligung in Hessen -
27 galt in Hessen: Kein einziges Projekt im sozialen Wohnungsbau scheitert am

28 Geld.

29 3. Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) hält Wohnungen in
30 ihrem Portfolio und vermietet diese zu fairen Preisen – will nun aber
31 viele ihrer Wohnungen in Frankfurt verkaufen. Die hessische
32 Landesregierung, die Mitglied der VBL ist, wehrt sich nicht gegen diese
33 Entscheidung, die das Angebot an bezahlbarem Wohnraum reduziert und die
34 Mieter*innen der VBL in großer Unsicherheit zurücklässt.

35 4. Ein im Entwurf vorliegendes Gesetz gegen Leerstand hingegen könnte der
36 Stadt Frankfurt und den Menschen in unserer Stadt helfen. Hier bleibt
37 abzuwarten, ob es effektiv ist. Falsch ist aber, dass 3 wirksame
38 Instrumente: der Genehmigungsvorbehalt in angespannten Wohnungsmärkten,
39 der Genehmigungsvorbehalt in Milieuschutzgebieten und die Reduzierung des
40 Kündigungsschutzes gegen nur ein Instrument, das Leerstandsgesetz,
41 eingetauscht werden sollen!

42 **Die Kreisversammlung möge daher beschließen, die Grünen in Frankfurt und die**
43 **Grünen im Römer mögen sich für folgende Punkte einsetzen:**

44 1. Der Abbau von Mieter*innenschutz auf Landesebene muss aufhören. Der
45 Genehmigungsvorbehalt in angespannten Wohnungsmärkten UND in
46 Milieuschutzgebieten muss bleiben. Der Kündigungsschutz darf nicht
47 aufgeweicht werden.

48 2. Bundes- und Landesregierung müssen dafür sorgen, dass die soziale
49 Wohnraumförderung auskömmlich ist.

50 3. Die Bundes- und die Landesregierung sollen ihren Einfluss in der VBL
51 geltend machen und dafür sorgen, dass die VBL ihre Immobilienstrategie
52 öffentlich macht, transparent Mieterinnen und Mieter über die aktuellen
53 Vorhaben der Veräußerung informiert, Stadt und Land Hessen sollen mit der
54 VBL in Gespräche zum Erwerb der in Frage stehenden Immobilien gehen.

55 4. Das geplante Leerstandsgesetz der Landesregierung muss zu einem effektiven
56 Instrument der Wohnungspolitik beitragen und spekulativen Leerstand
57 verhindern.

58 Die Landesregierung soll sich bei der Bundesregierung für eine Verbesserung der
59 Mietpreisbremse einsetzen. Gerade mit Hilfe von möblierten Wohnungen wird
60 aktuell die Mietpreisbremse umgangen. Hier sollten Schlupflöcher gestopft
61 werden.